

Perspektiven für geflüchtete und migrierte Lehrkräfte verbessern und den Herkunftssprachlichen Unterricht (HSU) ausbauen!

Beschluss des Gewerkschaftstages der GEW Sachsen vom 28.-30.3.2019

(I) Der Landesverband Sachsen der Bildungsgewerkschaft GEW setzt sich für die Erhöhung des Anteils der Pädagog*innen mit sogenanntem Migrationshintergrund in allen Bildungseinrichtungen ein. Hierzu haben sich die Bundesländer bereits 2012 im „Nationalen Aktionsplan Integration“ verpflichtet, ohne dass in Sachsen wirkungsvolle Maßnahmen umgesetzt wurden.

Der Landesverband Sachsen der Bildungsgewerkschaft GEW fordert das Staatsministerium für Kultus des Freistaates Sachsen und das Landesamt für Schule und Bildung (LaSuB) insbesondere auf:

1. geflüchteten und migrierten Lehrkräften eine Berufsanerkennung und die Einstellung in den Schuldienst mit einem studierten Fach zu ermöglichen,
2. die Assistenzprogramme für Sprach- und Kulturmittler*innen auszubauen und berufsbegleitende Qualifikationsmaßnahmen anzubieten,
3. das Anerkennungsverfahren für ausländische Lehramtsabschlüsse zu beschleunigen und Kosten für die Antragssteller*innen zu reduzieren.

(II) Der Landesverband Sachsen der Bildungsgewerkschaft GEW unterstützt die Forderung nach einem Ausbau des Herkunftssprachlichen Unterrichts (HSU). Um die mehrsprachigen Kompetenzen von Kindern und Jugendlichen zu erhalten und zu fördern, soll in Zukunft der bildungssprachliche Unterricht in den Herkunftssprachen im Rahmen des regulären Unterrichtes sichergestellt werden. Der Landesverband Sachsen der Bildungsgewerkschaft GEW fordert das Staatsministerium für Kultus des Freistaates Sachsen und das Landesamt für Schule und Bildung auf, insbesondere folgende Maßnahmen umzusetzen:

1. Anerkennung des Herkunftssprachlichen Unterrichts als gleichwertiges Unterrichtsfach,
2. Übernahme der HSU-Lehrkräfte in den Schuldienst nach geltendem Tarifrecht,
3. Verankerung der Herkunftssprachen als Studienfächer in der Lehrer*innenausbildung.